

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

## Im Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Auf einer fälligen Sitzung erörterte das Politbüro die mit der Vorbereitung des 70. Jahrestags der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Kommunistischen Partei Kasachstans verbundenen Fragen. In dem diesbezüglich angenommenen Dokument wurden die große Bedeutung dieses Ereignisses im Leben aller Einwohner der Republik gewürdigt und die Hauptrichtungen der politischen Tätigkeit des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans festgelegt. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die konsequente Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität der Kasachischen SSR auf Grund des neuen Unionsvertrags, der ausgearbeitet wird. Dieser Kurs soll eine sichere Basis zur Konsolidierung aller fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft zur effektiven Stimulation der Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Bereichs und zur Schaffung würdiger Lebens-

bedingungen für alle in der Republik lebenden Menschen werden.

Diskutiert wurde über den Programmentwurf der Aktionen des ZK der Kommunistischen Partei der Republik zur Realisierung der Beschlüsse des XXVIII. Parteitags der KPdSU und des XVII. Parteitags der Kommunistischen Partei Kasachstans. Es wurde unterstrichen, daß dessen Erfüllung in vielem von der Festigung des Vertrauens des Volkes zur Partei abhängt. Das läßt sich erzielen, wenn die Parteiorganisationen aller Ebenen, alle Kommunisten ein Maximum an Anstrengungen zur Erhaltung der Einheit der KPdSU an den Tag legen und die Verwirklichung der Programmbeschlüsse des Parteitags gewährleisten.

Diese beiden Dokumente sind an die Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans gerichtet worden und sollen unter Berücksichtigung ihrer Bemerkungen und Vorschläge zur

Durchführung angenommen werden.

Auf der Sitzung beriet das Politbüro über die Verstärkung der Organisationsarbeit der Parteikomitees, gezielt auf die politische Sicherstellung der Erntebereitstellung. Akzentuiert wurde die Notwendigkeit, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, die deren organisierte und verlustlose Durchführung ermöglichen sollen. Besondere Beachtung galt dabei der Verengung von Anstrengungen der Sowjets der Volksdeputierten, der Staatsorgane, der Massenorganisationen, der Festigung der Beziehungen zwischen den Betrieben in Stadt und Land, der Organisation eines gegenseitig vorteilhaften Zusammenwirkens zwischen den Gebieten der Republik und der Erkenntnis der persönlichen Verantwortung für das Schicksal der Ernte durch jeden Bürger der Kasachischen SSR. Die Kommunisten, die in den Sowjets, Ministerien und anderen zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen sowie in Betrieben tätig sind, müs-

sen operativ Fragen lösen, die an der Basis aufgeworfen werden, das Erntefleißland vollständig mit allem Nötigen versorgen, auf die Veränderungen der Lage bei der Ernte rechtzeitig und sachlich reagieren, ihre Pflicht auf dem ihnen übertragenen Arbeitsabschnitt mit hoher parteimäßigen Verantwortung erfüllen.

Das Politbüro des ZK bestätigte Maßnahmen zur Realisierung der von den Delegierten des XVII. Parteitags der Kommunistischen Partei Kasachstans gemachten Bemerkungen und Vorschläge, analysierte einige Tendenzen in der Entwicklung der selbsttätigen Massenorganisationen und politischen Einrichtungen in der Republik und faßte Beschlüsse über die Bildung von politischen (bzw. gesellschaftspolitischen) Lehrzentren der Parteikomitees, über den Finanzbericht der Kasachischen Republikparteiorganisation für das erste Halbjahr 1990 über die Reorganisation der Parteipresse der Republik sowie über die neuen Preise für Parteiausgaben ab 1991.

Es wurden auch Beschlüsse über die Bildung der Gebietsparteiorganisationen Mangistau und Turzai angenommen und die Stellenpläne für die Gebietsparteiorganisationen bestätigt.

Auch andere Fragen kamen zur Aussprache.

## Beschluß

des Präsidiums des Ministerrats der Kasachischen SSR

vom 10. August 1990

## Über zusätzliche Maßnahmen zur Liquidierung der Erdbebenfolgen in den Gebieten Ostkasachstan und Semipalatinsk

1. Es wird festgestellt, daß in den vom Erdbeben betroffenen Rayons praktisch allerorts Bau- und Wiederherstellungsarbeiten entfaltet worden sind. Man hat hier die Schemen der Erfüllung von Projektierungsarbeiten, der materiell-technischen Versorgung, der Organisation des Bauwesens und andere durchgearbeitet.

In das Notstandsgebiet wurden Jurten, Zelte, Gasherde, Baumaterialien, darunter 14 500 Tonnen Zement, 13,8 Millionen Stück Ziegel, 35 600 Kubikmeter Bauholz, 1 700 Tonnen Eisenwalzgut, 2,5 Millionen Einheitsplatten Dachschiefer befördert sowie zusätzlich Lebensmittel und Industriewaren gebracht. Durch Renovierungs- und Wiederherstellungsarbeiten wurden 3 715 Wohnungen vorbereitet, und man begann mit dem Bau von Siedlungen an neuen Orten, wo 560 Fundamente gelegt und 56 Gerüste von Wohnhäusern errichtet wurden.

Die zu den Wiederherstellungsarbeiten herangezogenen Gebiete entsandten 4 500 Bauarbeiter, 366 Bagger, Bulldozer, Baukräne, Betonmischer und Lastkraftwagen.

Besser als andere bewährten sich bei der Wiederherstellung und beim Bau von Objekten die Gebiete Tschimkent, Alma-Ata, Kustanai und Dsheskasgan.

Zugleich bleiben viele Fragen und Aufgaben, festgelegt durch den früher gefaßten Beschluß des Ministerrats der Kasachischen SSR, nicht endgültig gelöst. Die Situation hat sich auch durch das wiederholte Erdbeben am 3. August zugespitzt.

Die Leiter einer Reihe von Gebietsexekutivkomitees, Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen lassen es bei der Organisation der Wiederherstellungsarbeiten, bei der Versorgung mit materiell-technischen Ressourcen und Transportmitteln zu ernststen Mängeln kommen. Im Vergleich zu den Zeitplänen der Bau- und Wiederherstellungsarbeiten wurde ein bedeutender Rückstand zugelassen. Die Gebietsexekutivkomitees Pawlodar, Karaganda, Kokschtaw und Aktjubai erfüllen die ihnen erteilten Aufträge nach wie vor unbefriedigend, infolgedessen konnten auf den den genannten Gebieten zugeleiteten Objekten nur geringe Arbeitsvolumen ausgeführt werden. In der letzten Zeit ist die Aktivität der Gebiete Dshambul, Zeldinograd, Taldy-Kurgan, Nordkasachstan und der Stadt Alma-Ata gesunken.

Das Gebietsexekutivkomitee Ostkasachstan (Genossen Sarin und Gawwa) koordiniert unzureichend die Handlungen der herangezogenen Baubetriebe, unterschätzt die Rolle des individuellen Bauens und hat kein exaktes Gebietsprogramm der Wiederherstellungsarbeiten entworfen. Mehr noch: In dem diesem Gebiet zugewiesenen Rayon Markakol wurden per 1. August nur 112 Fundamente oder 17 Prozent der Juli-Aufgabe geleistet, nur 12 Baugerüste bei einer Aufgabe von 300 errichtet und nur 14 Prozent der Wohnungen von den in diesem Rayon zerstörten bei 20 Prozent im Gebietsdurchschnitt renoviert. In der diesem Gebiet zugewiesenen Stadt Saisan werden überhaupt keine Bau- und Wiederherstellungsarbeiten geführt.

2. Als die wichtigste Aufgabe der Gebietsexekutivkomitees, des Staatsexekutivkomitees Alma-Ata, der Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane der Republik sind die Wiederherstellung und der Bau von durch das Erdbeben betroffenen Wohnhäusern, sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Jahren 1990-1991 anzusehen. Die Hauptanstrengungen sind vor allem auf die Erfüllung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Bevölkerung eines Obdachs vor Kälteeintritt, auf die Wiederherstellung und den Bau zeltweiliger Schulen, Kindergärten und Heilanstalten, zur Versorgung der Einwohner und der an dieser Arbeit beteiligten Personen mit Lebensmitteln, warmer Kleidung und medizinischer Betreuung zu lenken.

3. Die Gebietsexekutivkomitees und das Staatsexekutivkomitee Alma-Ata, die Ministerien und andere zentrale Staatsorgane der Kasachischen SSR haben Sofortmaßnahmen zur Beschleunigung der Wiederherstellungs- und Bauarbeiten in der Erdbebenzone einzuleiten, eine strikte Erfüllung der vom Ministerrat der Kasachischen SSR festgelegten Aufgaben abzusichern und Aufklärungsarbeiten in den Werkstättenkollektiven zwecks Mobilisierung der Kräfte und Materialwerte für die Hilfeleistung den Rayons der Gebiete Ostkasachstan und Semipa-

latinsk im Zusammenhang mit dem sie heimgesuchten Unglück zu leisten.

4. Das Gebietsexekutivkomitee Ostkasachstan hat ein Programm von Wiederherstellungsarbeiten auszuarbeiten, darin die Reihenfolge des Wiederaufbaus der Objekte festzulegen und die Handlungen aller zur Erfüllung dieses Programms herangezogenen Baubetriebe zu koordinieren.

Es hat die eigenen Kräfte und Mittel für die rascheste Liquidierung der Erdbebenfolgen zu mobilisieren; besondere Aufmerksamkeit ist dem individuellen Wohnungsbau zu schenken und dabei auch die Frage der Versorgung der individuellen Investitionsauftragnehmer mit Baumaterialien zu lösen.

5. Das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR (Genosse Botow) hat die Lieferung von 1 200 Jurten an die vom Erdbeben betroffenen Rayons, darunter 600 Jurten bis zum 20. August und 600 - bis zum 10. September abzusichern; 4 000 Kohleheizöfen, darunter 2 000 bis zum 1. September und 2 000 bis zum 15. September 1990 herzustellen und zu liefern.

Die Vorsitzenden der Gebietsexekutivkomitees Alma-Ata, Dshambul, Kysyl-Orda, Taldy-Kurgan und Tschimkent haben bei der Erfüllung dieser Aufgabe aktiven Beistand zu leisten.

6. Die Territoriale Forschungs- und Produktionsvereine „Kasmebellesprom“ hat 1 800 Jurten zu bauen und ins Notstandsgebiet abzutransportieren, darunter 600 bis zum 20. August, 600 bis zum 5. September und 600 bis zum 15. September.

7. Um die festgelegte Aufgabe bei der Produktion von Jurten im August-September dieses Jahres abzusichern, ist:

das Ministerium für örtliche Industrie (Genosse Jedlibajew) zu verpflichten, täglich mindestens 12 000 Tonnen Filz, der den technischen Forderungen entspricht, an das Jurtenbaukombinat Uschtobe zu liefern, desgleichen gleichmäßig die für den Jurtenbau nötigen Komplettierungsereignisse abzufertigen, darunter „Band „Tangysch“ (133 000 laufende Meter), „Band „Baskur“ (60 000 laufende Meter), „Baum w o l l s c h n u r“ (1 671 000 laufende Meter);

das Ministerium für Leichtindustrie der Kasachischen SSR (Genosse Dshomartow) ist zu verpflichten, im August dieses Jahres an das Jurtenbaukombinat Uschtobe 277 000 Meter Stoffe für die Außenausstattung, 146 000 Meter Stoffe für die Innenausstattung sowie 2 000 Spulen Zwirn zu liefern;

das Staatliche Komitee der Kasachischen SSR für materiell-technische Versorgung (Genosse Bektemisow) hat dem Jurtenbaukombinat für den Produktionsbedarf zusätzlich Nitrofarben, Rohrleitungsarmaturen, Rohre und andere Materialien laut dessen Bedarfsmeldung zuzuliefern.

8. In kürzesten Fristen ist die Minderlieferung von Holz für den Juli zu liquidieren; dafür sind im August dieses Jahres in die Katastrophengebiete 43 500 Kubikmeter Holz abzufertigen, darunter an das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR - 6 300 Kubikmeter, an die technisch-wissenschaftliche Produktionsvereinigung „Kasmebellesprom“ - 14 700, das Ministerium für Forstwirtschaft der Kasachischen SSR - 12 500 und das Staatliche Komitee für Bauwesen der Kasachischen SSR - 10 000 Kubikmeter.

Das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR hat in das Katastrophengebiet 1 000 Kraftwagen, darunter bis zum 20. August 500 und bis zum 1. September 500, zu entsenden und in die Rayons Saisan, Tarbagatal, Kurtschum und Markakol Holz aus den Betrieben des Ministeriums für Forstwirtschaft der Kasachischen SSR.

Das Ministerium für Forstwirtschaft der Kasachischen SSR muß mit dem Gebietsexekutivkomitee Ostkasachstan darüber übereinkommen, den Betrieben der Vereinigung „Kasles“ im August zusätzlich einen Hebestand von 50 000 Kubikmeter in den an die Bringungsnetzen grenzenden Forsten bereitzustellen.

9. Das Staatliche Komitee der Kasachischen SSR für materiell-technische Versorgung der Kasachischen SSR hat im August die Anlieferung von 5 300 Tonnen Eisenwalzgut, 1 000 Tonnen Stahlrohren, 8,8 Millionen Einheitsabestanzmentplatten und 35 000 Tonnen Zement ins Katastrophengebiet zu gewährleisten.

Das Ministerium für Kraftverkehr der Kasachischen SSR wird verpflichtet:

die Beförderungen der eintreffenden Güter an die Konsumenten sowie unverpackten Zement aus dem Ust-Kamenogorsker Zementwerk gemeinsam mit dem Staatlichen Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR - zu den Baubetrieben im Auftrag des Gebietsstabs für Liquidierung der Bebenfolgen zu gewährleisten;

die Durchlässigkeit der Fährkurtschum zu vergrößern, zu diesem Zweck die entsprechende Zahl von schwimmenden Mitteln bereitzustellen und Bedingungen für ungehindertes Passieren der Transportmittel ins Katastrophengebiet zu schaffen.

10. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Kasachischen SSR ist verpflichtet, eine feste Verbindung zwischen den Rayons und Agrarbetrieben, Gebietszentren und der Republikhauptstadt abzusichern und den in dieser wichtigen Sache im Rayon Markakol vorhandenen ernsthaften Mängeln zu Leibe zu rücken.

Die Gebietsexekutivkomitees Dshambul und Karaganda haben in zwei Monaten den Bau der Gebäude der Fernmeldeämter in den Siedlungen Dalrowo und Priosjornoje sowie des Gebäudes für die Funk- und Fernsehstation in Priosjornoje aus Mitteln zu gewährleisten, die den Agrarbetrieben für die Wiederherstellungsarbeiten zugewiesen werden. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Kasachischen SSR hat die Ausrichtungen zu liefern und sie zu montieren.

Das Gebietsexekutivkomitee Ostkasachstan und das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Kasachischen SSR müssen gemeinsam ein Programm der Wiederherstellung der ländlichen Post- und Fernmeldeabteilungen in den betroffenen Rayons ausarbeiten.

11. Das Ministerium für Baustoffindustrie der Kasachischen SSR (Genosse Minibajew) wird verpflichtet, im August an die vom Erdbeben betroffenen Gebiete 46 Millionen Stück Ziegel zu liefern und den Gebietsexekutivkomitees entscheiden zu verbleiben, deren Abtransport aus den Betrieben der Gebiete zu behindern, bis die durch den vorher gefaßten Beschluß des Ministerrats der Kasachischen SSR vorgesehenen Aufgaben völlig erfüllt sind.

Der Minister für Kraftverkehr der Kasachischen SSR Genosse A. K. Tomaschew hat die Ziegeltransporte per Kraftwagen und zu Wasser unter persönliche Kontrolle zu nehmen.

12. Das Ministerium für Autostraßen der Kasachischen SSR wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Ministerium für Montage- und Sonderbauarbeiten der Kasachischen SSR die Gewinnung von Nichterzstoffen in den im Bebengebiet bestehenden Gruben und deren Lieferung laut Bedarfsmeldungen der Straßenbau- und Bauorganisationen zu gewährleisten.

Die Staatliche Plankommission der Kasachischen SSR hat einen Vorschlag betreffs der Zweckmäßigkeit des Baus einer Ergrube mit Brecher- und Sortierabteilung im Rayon Saisan im System des Ministeriums für Baustoffindustrie der Kasachischen SSR einzubringen.

13. Das Staatliche Komitee für materiell-technische Versorgung, das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee und das Staatliche Komitee für Erdölprodukte der Kasachischen SSR werden aufgefordert, die Zuteilung der vom Ministerrat der UdSSR bereitgestellten materiell-technischen Ressourcen und Technik den Lieferbetrieben zu beschleunigen und Maßnahmen zu ihrer rechtzeitigen Lieferung ins Katastrophengebiet zu ergreifen.

14. Die Gebietsexekutivkomitees und das Staatsexekutivkomitee Alma-Ata müssen gemeinsam mit den Leitern der dazu bestimmten Agrarbetriebe die Objekte festlegen und mit den Arbeiten zur Wiederherstellung der zerstörten Schieferwohnungen und Ställe bis zum November dieses Jahres beginnen.

Das Ministerium für Bildungswesen der Kasachischen SSR wird verpflichtet, dem Ostkasachstaner Gebietsexekutivkomitee 4 000 Studenten für die Zeit bis zum 10. Oktober zur Verfügung zu stellen.

(Schluß S. 3)

## Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Die ersten Tonnen von Frühkartoffeln haben die Feldbauern des Sowchos „Nowonikolski“, Rayon Bischkul, im Gebiet Nordkasachstan in die Gebietstadt geliefert. Dabei gelangen die Kartoffeln direkt zu den Konsumenten - in die Krankenhäuser und Kindergärten.

Mit der Ernte von Frühkartoffeln hat man bereits auch im Sowchos „Osorny“ desselben Rayons begonnen.

## Konferenz der Sowjetdeutschen beendet

Die Konferenz der landesweiten Gesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ ist in Moskau beendet worden. Die Delegierten faßten den Beschluß, von einer Massenmigration Abstand zu nehmen und den Kampf um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, das widerrechtlich Repressionen ausgesetzt war, fortzusetzen.

Die Teilnehmer der Konferenz zeichneten es als notwendig, die „Autonome Republik der Wolgadeutschen in den früheren Grenzen wiederherzustellen. Dabei lehnten sie die Idee, eine Assoziation mit autonomen Rechten als Variante der Staatlichkeit zu gründen, ab. Die angenommene Resolution enthält die Reihe von Wünschen an die Führung des Landes zur schnellstmöglichen Lösung des Problems.

Die Konferenz beschloß, den Kongreß der Sowjetdeutschen im Herbst durchzuführen. (TASS)



Stets eingehaltene Termine und hohe Qualität kennzeichnen die Arbeit der Brigade Alexander Klipper aus dem Trust „Alma-Ataagrospezstroj“. Die Brigade baut Wohnungen in der Republikhauptstadt. Der gute Arbeitsablauf wird dadurch gesichert, daß alle Mitglieder des Kollektivs mehrere verwandte Berufe beherrschen. Unter Bild: Der junge Arbeiter Alexander Hellwig und der Brigadier Alexander Klipper. Foto: Juri Weidmann

## Die ersten Schritte der Pacht

Groß war natürlich die Aufregung der Arbeiter des Sowchos „Issa Baisakow“, als sie 1989 nach dem Pachtvertrag zu arbeiten begannen. Das Neue und Unbekannte ist immer mit bestimmten Schwierigkeiten verbunden. Nicht umsonst heißt es, alles Anfang ist schwer. Als erster bildete der Mechaniker der Abteilung Nr. 1 A/Meter eine Pachtarbeitsgruppe. Später entstanden auch andere Gruppen: In der Abteilung Nr. 3 wurde eine Arbeitsgruppe von A. Urasalnow und in der Viehzucht von der Familie Grouß gebildet. Wovon zeugen die ersten Schritte der Arbeit auf der Grundlage des Vertrags?

Das Ehepaar Grouß nahm 100 Tiere zur Mast. Bei der Produktionsablieferung wurden 146 Zentner Gewichtszunahme erzielt, dabei betrug die tägliche Durchschnittszunahme etwa 740 Gramm. Die Ausgaben beliefen sich auf nur 20 754 Rubel. Der Erlös betrug 3 253 Rubel, die monatlichen Vorschußzahlungen nicht mit eingerechnet.

Die Gruppe von W. Kushelew hat zur Mast 200 Kälber genommen und 6 420 Rubel Reingewinn erzielt.

Im Feldbau ist die Lage schlichter. Die Pächter-Ackerbauern A. Meier und A. Urasalnow konnten die erwarteten Resultate nicht erzielen, trotzdem

gingen sie nicht leer aus. Diese Gruppen bekamen 2 300 und 1 850 Rubel zusätzlicher Belohnung. Die Familie Grouß - Lydia und Andreas - hat in diesem Jahr mit dem Sowchos erneut einen Vertrag über die Mastung von 100 Tieren abgeschlossen. W. Kushelew hat auch einen individuellen Vertrag abgeschlossen. Die Arbeit nach dem Pachtvertrag erlangt immer größeres Ansehen nicht nur im Rayon Irtyshskij selbst, sondern im ganzen Gebiet Pawlodar.

Theodor SCHANDER

Gebiet Pawlodar

## Ein Treffen im Militärbezirk Odessa

UdSSR-Präsident M. S. Gorbatschow hat am Freitag vor den Teilnehmern des Manövers im Militärbezirk Odessa über Probleme der Innen- und Außenpolitik und die Perspektiven der Militärreform gesprochen.

Das Land stehe vor bedeutendsten Entscheidungen im Zuge der Perestrojka-Umstellung auf eine Marktwirtschaft und Abschluß eines neuen Unionsvertrages. Der Sinn der Perestrojka-Politik bleibe unverändert, nämlich die sozialistische Idee zu realisieren und dem Sozialismus durch eine grundlegende Reorganisation des wirtschaftlichen und politischen Systems und durch moralische Gesundung der Gesellschaft zu neuen Kräften zu verhelfen, betonte er.

Die Hauptursache des Krisenzustandes der Wirtschaft sei die Alleinherrschaft des Staatseigentums, fuhr M. S. Gorbatschow fort. „Deshalb besteht zur Zeit die wichtigste und dringlichste Aufgabe darin, die Eigentumsverhältnisse aufgrund der Entstaatlichung und der Beseitigung des Monopolismus auf der ganzen Front zu reorganisieren. Wir müssen das Eigentum privatisieren, aber im Rahmen unserer Option“, betonte er.

M. S. Gorbatschow verwies ferner auf die Notwendigkeit, „den Unternehmertum in jeder Weise zu fördern und im Lande eine Atmosphäre der Respektierung des Eigentums zu schaffen.“ „Alle müssen sich klar darüber sein, daß die sozialistische Wahl nur durch Arbeit auf der Grundlage des eigenen ökonomischen Interesses der Menschen realisiert werden kann“, führte er aus. „In diese Arbeit werden die Psychologie der Gleichmacher und das Konsumentendenken überwunden werden, die die Gesellschaft förmlich fesseln und der schnellsten

Oberwindung ihres Krisenzustandes im Wege liegen.“

Auf Probleme der zwischenationalen Beziehungen eingehend, sagte der UdSSR-Präsident: In der Form, in der die Sowjetunion bisher existierte, habe sie ihre Möglichkeiten bereits ausgeschöpft. „Das ist aber keine Rechtfertigung für ihren Zusammenbruch, für Separatismus, sondern ein Bestruß für ihre gründliche Umgestaltung auf einer neuen Grundlage. Der Abschluß eines neuen Unionsvertrages muß eine Wendte bei der Lösung von Problemen der zwischenationalen Beziehungen bringen“, unterstrich er. „Man muß alles tun, um den Unionsvertrag noch in diesem Jahr abzuschließen“, erklärte der UdSSR-Präsident.

M. S. Gorbatschow kritisierte diejenigen, die es offen oder versteckt auf einen Verfall der Union abgesehen haben. Er machte dabei darauf aufmerksam, daß die Separatisten bei ihren politischen Spielen Angst haben, ein Referendum zu dieser Frage durchzuführen.

Unter Hinweis darauf, daß die Verletzung der verkündeten Prinzipien der Föderation allen Völkern enormen Schaden zufüge, sagte M. S. Gorbatschow, daß „der im Grunde unitarische Charakter unseres Staates außerdem zu einer sehr starken Integriertheit der Wirtschaft und zu einer äußerst tiefen Arbeitsteilung im Rahmen der Union, zu einer komplizierten Verflechtung der Verbindungen zwischen den Republiken und der Regionen sowie insbesondere zwischen den Produktionskollektiven geführt hat.“

„Eine Zerstörung dieser Erbindungen wäre eine reaktionäre Sache, geriete in tiefen Widerspruch mit den in der Weltwirtschaft, insbesondere auf dem europä-

ischen Kontinent, zunehmenden Tendenzen“, unterstrich er.

Auf die Bedeutung der Integration der Republiken eingehend, wies der Präsident unter anderem darauf hin, daß die gegenwärtige Verteidigung des Landes ein überaus kompliziertes integriertes System ist, von dem nicht nur die Sicherheit der Sowjetunion, sondern auch die allgemeine Sicherheit abhängen. „Ich glaube nicht, daß so mancher sich vornehmen wird, die nuklearen Waffen und das nukleare Potential sowie das Leitungssystem der Verteidigung des Landes zu teilen - diesen überaus komplizierten Komplex, wo alles wechselseitig bedingt und abhängig ist und der seine Aufgabe nur erfüllen kann, wenn er als ein einheitliches Ganzes handelt“, fuhr M. S. Gorbatschow fort. „Wenn wir in dieser Angelegenheit plötzlich anfangen, Regionalstrukturen zu bilden und die Verteidigung zu zersplittern, so untergraben wir somit nicht nur die eigene Sicherheit, sondern auch die in der ganzen Welt.“

Zur Militärreform sagte der Präsident, daß deren Durchführung ab 1991 beginnt. Noch im September dieses Jahres wird der Verteidigungsrat (erneuert bei Präsidentschaft) ihre Konzeption prüfen, fertigstellen und dem Obersten Sowjet der UdSSR vorlegen.

Eine Militärreform wird gewöhnlich nach einem Krieg durchgeführt, sagte M. S. Gorbatschow weiter. Was ähnliches geschieht auch heute. „Sind doch unsere gegenwärtigen Streitkräfte für die Lösung von Aufgaben in einem kalten Krieg aufgestellt worden. Nun ist er zu Ende.“

Im Rahmen der Militärreform muß man vor allem entscheiden, wie die sowjetischen Streitkräfte in den 90er Jahren ihrer Quali-

(TASS)

Was uns bewegt

Aufzeichnungen eines „Volksfeindes“ über sieben Untersuchungsfälschungen

Das Dokument, das heute dem Leser geboten wird, gehört mit zu den einmaligen. Natürlich erübrigt sich zu betonen, daß dessen Veröffentlichung noch vor kurzem nicht in Frage kommen konnte. Das ist auch ohnedies verständlich... Auch Juri Dombrowski selbst zweifelte nicht an solch einem Ausgang seines Kampfes um die Wahrheit. Deshalb handelte er nach Abschluß der Arbeit am „Berichtsschreiben“ auf die für ihn gewohnte Weise: Er vervielfältigte sie mit der Schreibmaschine in so vielen

Exemplaren, wie es gerade ging, und verbreitete sie unter seinen nächsten Freunden und Bekannten in Moskau und Alma-Ata. Diese vervielfältigten ebenfalls jedes Exemplar, und gaben die Abzüge weiter aus... Auf diese Weise gelangte das „Berichtsschreiben“, nachdem es durch manche Hände und Privatarchive rund 34 Jahre gewandert war, aus dem Jahre 1956 in das Jahr 1990...

In prinzipiellen Fragen war Dombrowski stets genau, kompromißlos und konsequent. Gerade deshalb be-

gann er, nachdem er fünf Rehabilitierungen nach allen fünf ihm vom Schicksal beschiedenen Verhaftungen und vier Vorstrafen erwirkt hatte, mit der Erforschung und Verallgemeinerung der Geschichte aller blutigen Opfer des Stalinismus. Er versuchte, das Wirkungsprinzip des Repressivmechanismus — in den Lagern sowie außerhalb derselben — zu analysieren. Allen seinen diesbezüglichen Erwägungen hatte der Schriftsteller die Form eines Berichtsschreibens verliehen und es an einen

Sekretär des ZK der KPdSU geleitet.

Es bleibt nur zu raten, ob dieses Schreiben den hohen Empfänger erreicht hat. Übrigens spielt das auch keine Rolle. Hauptsache, wir haben jetzt die Möglichkeit, dieses Dokument zu lesen.

Diese Publikation wurde von Klara TURUMOWA-DOMBROWSKAJA und Arkadi KUNSTMANN vorbereitet. Das Material des „Berichtsschreibens“ wird zum erstmalig veröffentlicht.

Berichtsschreiben

an A. G. Aristow, Mitglied des ZK der KPdSU, vom Schriftsteller Dombrowski, Juri Ossipowitsch, wohnhaft Moskau, G-34, Ostrowski-Gasse 14, Tür 5, Tel. B-6-81-89.

Ich wende mich an Sie in persönlicher Angelegenheit, die aber von großer prinzipieller Bedeutung ist.

Über mich und meinen Fall werde ich lediglich am Schluß dieses Berichtsschreibens eine kleine Mitteilung machen, da es doch recht eigentlich gar nicht um meine Person geht.

Ich möchte Sie fragen: Warum lehnt die Generalstaatsanwaltschaft bei der Prüfung unserer Gerichtssache auf dem Aufsichtsweg — einer Sache von laut Artikel 58 verurteilten Personen — eine beliebige Möglichkeit unserer persönlichen Teilnahme an dieser Überprüfung so kategorisch ab?

Denn bis jetzt stehe doch all unsere Blitten, uns persönlich zur Abgabe von Aussagen vorzuladen, sowie unsere Versuche, etwas zu erläutern, zu ergänzen und zu erwirken, auf stillschweigende Ablehnung. Wenn der Betroffene in die Generalstaatsanwaltschaft auch vorgeladen wird, so keinesfalls zu einem Praktiker, der seine Einwände untersucht, und auch nicht zur Klärung eines Mißverständnisses, sondern nur, um sich die Klage anzuhören.

Ist so etwas richtig? Ich glaube: Selbstverständlich nicht!

Politische Prozesse der Jahre 1937 bis 1953 (und meistens geht es gerade um solche Verfahren) wurden als Regel bestenfalls ungemein nachlässig geführt, dabei aber gewöhnlich mit Anklageausrichtung und schlimmstenfalls waren sie nichts als eine nackte Fälschung.

Man muß aber berücksichtigen, daß die äußere Verfahrensform recht häufig verletzt wurde, und deshalb ist es gar nicht so leicht, von solch einer Fälschung einen klaren Begriff zu bekommen. Bei der wahrhaft Riesearbeit zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit, die von der Generalstaatsanwaltschaft und den Staatsanwaltschaften der Unionsrepubliken geleistet wird, ist so etwas manchmal überhaupt unmöglich: Dafür reihen weder Zeit noch Mitarbeiter aus.

Und so gibt die Staatsanwaltschaft, in die Sache Einsicht nehmend und nur von deren Akten ausgehend, in vielen Fällen lauter negative Bescheide und rehabilitiert dann plötzlich den Betroffenen. Solche Prozesse dauern häufig jahrelang und überleben den Rehabilitierten.

Indessen hätten ein einstündiges Gespräch, einige gezielt gestellten Fragen der Sache vielleicht zu einem ganz anderen Ausweg verholfen.

Besonders trifft das selbstverständlich auf die Verfahrenspraktiken der „Sonderberatung“, bei der ein so wichtiger und wohl so großer grundlegender Teil der Aktenführung wie Beweisaufnahme gänzlich fehlt.

Indessen wurde der äußere Aspekt dieser für Moskau bestimmten Prozesse immer strikt eingehalten.

zieht sich selbstverständlich auf alle Kategorien von Fällen zum Artikel 58, doch für die laut Paragraph 10 dieses Artikels verurteilten Personen, ist er wegen der ihnen inkriminierten antisowjetischen Äußerungen einfach unentbehrlich. Es ist auch klar, warum: Die gerichtliche Untersuchung besaß meistens keine sachlichen Beweismittel über das Verbrechen und konnte sie auch nicht besitzen. Sie wurden durch die Aussagen der Zeugen ersetzt. Und in etwa 90 Prozent waren das Gespräche unter vier Augen.

Zweifellos ist das eine höchst unzuverlässige Beweisführungsart, im Prinzip dürfen wir sie aber nicht ablehnen. Wichtig ist dabei offensichtlich die Analyse der Glaubwürdigkeit, d. h. die genaue Klärung dessen, wer die Aussage macht, warum und wann er sie macht. Es ist durchaus notwendig, all das zu klären.

Wie kann man vergessen, daß die Berija-Clique dadurch, daß sie die einen terrorisierte, die antisozialen und sogar menschenfeindlichen Instinkte der anderen entfesselte, daß eine Menge von Menschen, die weder Zivilcourage noch moralische Standhaftigkeit besaßen (besonders die „Befleckten“ und die „Ehemaligen“) dieser Clique zu Opfer fielen.

Gewollt oder ungewollt, zuweilen sich selbst rettend oder sich Kapital schlagend, wurden sie zu Verleumdern und falschen Zeugen und sind sich jetzt dessen sicher, daß es für sie kein Zurück mehr gibt. Sie fürchten sowohl das Gesetz als auch die Rache des Rehabilitierten, die öffentliche Meinung und die parteimäßige Verantwortung.

Deshalb wird ein Teil von ihnen weiterhin auch beharrlich auf ihren früheren Aussagen bestehen, soweit sie diese noch kennen und sich an sie erinnern (übrigens haben Lügen tatsächlich kurze Beine: Sie kennen und erinnern sich an sie bei weitem nicht immer und bei weitem nicht genau. Häufig genügt es zur Klärung der Wahrheit, einen solchen Zeugen das wiederholen zu lassen, was er früher gesagt hatte, und ihn aufzufordern, die Widersprüche in den Aussagen zu erklären).

Zu ihnen gehören auch Lügner, klatschschüchtige Menschen und Ränkeschmiede, notorische Trinker und allerlei Unzurechnungsfähige — kurzum Personen, deren grenzenlose Fähigkeit, alles zu verdrehen und zu entstellen bekannt ist. Jedoch gerade dank diesem Merkmal waren sie willkommen Gäste in einigen Untersuchungsziellern.

Es ist natürlich nicht leicht, sich in diesem vorsätzlich geschaffenen Chaos zurechtzufinden. Sehr viel hängt dabei von den beruflichen Qualitäten, von dem Fingerplätzgefühl und der Gewissenhaftigkeit der Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft ab, noch mehr aber würde eine genaue Prüfung aller in der Klage dargelegten Umstände ergeben — nicht nur der Glaubwürdigkeit der Aussagen, sondern auch die Klärung des Vermögens des Zeugen, die Ereignisse nüchtern einzuschätzen und sie im Gedächtnis zu behalten.

Der Untersuchungsführer prüft und bewertet natürlich nicht die Person des Zeugen selbst, sondern seine Fähigkeit, Zeugnisse abzulegen, wenn der Beklagte diese seine Fähigkeit motiviert in Zweifel stellt.

Wie kann man solche Erklärungen der Beklagten unbeachtet lassen, wie: „Ich war mit diesem Mann überhaupt nicht bekannt und konnte mit ihm folglich auch nicht gesprochen haben. Alle können bestätigen, daß ich mit dem Zeugen über weiter nichts als dienstliche Angelegenheiten sprach“. Ich habe nicht das, sondern folgendes gesagt, und berufe mich auf den und den: „Zu dieser Zeit war ich überhaupt nicht in der Stadt. Sie können das prüfen...“ usw.

Bis jetzt hat noch niemand solchen Erklärungen Beachtung geschenkt und sie geprüft. Das geschieht, weil eine beliebige (zuweilen die absurdste) Zeugenaussage in den Augen der staatsanwaltschaftlichen Aufsicht bis jetzt einen abstrakten und absoluten Wert besitzt, der von der Person des Zeugen unabhängig ist.

Zwei bis drei solche gleichartigen und übereinstimmenden Aus-

sagen (natürlich haben sowohl der Untersuchungsführer als auch der Leiter der Untersuchungsabteilung seinerzeit dafür gesorgt, daß sie gleichzeitig seien und miteinander übereinstimmen), gewinnen in den Augen der Staatsanwaltschaft die Kraft eines unwiderlegbaren Rechtsbeweises und verursachen die Abweisung einer Klage unvermeidlich als „unbegründet“.

Schickt sich denn noch dieser beharrliche Papierfetterschismus im Jahre 1956? Das ist ja eine Respektierung der Form, die nichts Reales enthält und absolut nichts widerspiegelt!

Neben direkten Verleumdungen (die eigentlich nicht sehr häufig vorkommen) sind in jedem gefälschten politischen Fall obligatorisch folgende Elemente vorhanden.

BESCHULDIGUNGEN

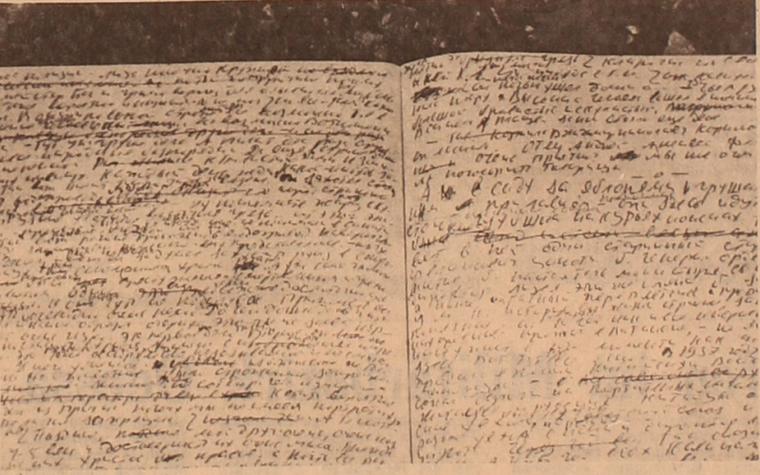
Die Ursache ihres Auftretens ist nur zu verständlich. Da sel nur noch vermerkt, daß die „Geiststände“ im strikten Einklang mit allen anderen Akten abgefaßt wurden. Wenn es nötig war, wurden sie mehrmals umgeschrieben und einander angepaßt, deshalb ist es unmöglich, sie mittels anderer Zeugen Aussagen zu prüfen. Es sind dies ja gerade diese anderen, nur mit anderen Worten ausgedrückte Aussagen.

UNPERSÖNLICHKEIT BEI DER FORMULIERUNG DES VERBRECHENS

Der Beschuldigte wird angeklagt wegen: „Diskreditierung der sowjetischen Wirklichkeit“.



Juri Dombrowski. Das Manuskript des weltbekannten Romans Juri Dombrowski „Fakultät unnützer Dinge“.



Fotos: Wladimir Lunin.

wegen „Schmäherung der Maßnahmen von Partei und Regierung“, wegen „Lobpreisung der kapitalistischen Ordnung“ sowie weil er die Vorzüge der kapitalistischen Ordnung vor der sowjetischen zu beweißen suchte; „antisowjetische Insinuationen verbreitete“, „antisowjetische Gespräche führte“, „...den und den anschwärzte“. (Das Rjumin-Vokabular ist nicht reich, und ich habe beinahe alle wichtigsten Formulierungen zum Artikel 53-10 ausgeschöpft). Für eine Verurteilung genügte zu jener Zeit auch das. Ist es aber nicht klar, daß eine solche Eintragung keine Aussage, sondern eine eigenmächtige Expertenschätzung gewisser Gespräche durch den Untersuchungsführer ist, dessen Inhalt sich nicht genauer ermitteln läßt?

Meiner Meinung nach zeugt das Auftauchen einer solchen behafteten Anschuldigung in den Akten davon, daß der Untersuchungsführer absolut keine handgreiflichen Beweise hatte.

EIGENMÄCHTIGE EINTRAGUNG

An Personen, die heute einen Fall untersuchen, gelangen beliebige Aussagen nur in der Niederschrift, der Fassung und Auslegung des Untersuchungsführers, denn ein Zeuge war bereit, eine beliebige Fassung zu unterzeichnen, nur um schneller wegzukommen.

Eine solche Fassung seitens des Untersuchungsführers hatte zum Ziel:

- 1) die beliebige Aussage des Untersuchungshäftlings in eine ausgesprochen kriminelle zu verwandeln.
2) seine Äußerungen in Ober-einstimmung zu bringen:
a) mit der Selbstbeschuldigung;
b) mit den Aussagen anderer Personen;
c) mit den Akten des Operativ-falls, die dem Untersuchungsführer immer bekannt sind.

DER ZEUGE WIRD GEZWUNGEN, DER PERSÖNLICHKEIT DES UNTERSUCHUNGSHÄFTLINGS EINE KRIMINELLE BEWERTUNG ZU GEBEN

Das wurde getan, wie folgt. Den Zeugen fragte man: „Kennen Sie den und den als einen sowjetischen Menschen?“. Wer hätte sich im Arbeitszimmer des Untersuchungsführers zu jener Zeit trauen können, von dem Inhaftierten oder von der einer Verhaftung unterliegenden Person zu sagen (und dies gab man sofort zu verstehen), daß der gegebene „Volksfeind“ in der Tat ein ehrlicher Mensch sei? Fast alle waren überzeugt, daß eine solche Antwort eine eigene Gleichstellung mit dem Inhaftierten bedeutet hätte, und gaben daher die ausweichenden Antworten: „Nein, er ist kein sowjetischer Mensch“, „Er ist kein richtiger Sowjetmensch“.

Daraufhin schlußfolgerte der Untersuchungsführer: „Wenn

Wenn der Untersuchungshäftling den Konfrontationszeugen in die Enge trieb, kam der Untersuchungsführer dem letzteren sofort zu Hilfe. Im Protokoll der Gegenüberstellung tauchte plötzlich die Schablone auf: „Ich bestehe auf meinen früheren Aussagen“, und damit endete auch die Untersuchung.

AUSWAHL VON ZEUGEN

Der Zeuge, der etwas zugunsten des Untersuchungshäftlings aussagte, verschwand sofort aus den Akten. Genauso wurden auch alle Umstände eingezogen, die den Untersuchungshäftling rechtfertigten oder die Haltlosigkeit der Anklagekonzeption von irgendeiner Seite bloßlegten.

Falls das Protokoll des jeweiligen Zeugen unbedingt nötig war, wurde es erneut aufgestellt, diesmal schon ohne die für eine gerichtliche Untersuchung peinlichen Momente (man erklärte sie dann als solche, „die mit dem Fall nichts zu tun“ hätten, oder „überflüssig“ wären), und sie wurden vom Zeugen zum zweiten Mal unterzeichnet.

Das wären die wichtigsten Untersuchungsfälschungen. Auf Grund meiner zwanzigjährigen Erfahrung behaupte ich, daß eine beliebige aufgebaute politische Gerichtssache stets mit Hilfe einer, zweier, dreier, am häufigsten aber aller sieben Fälschungen entstand.

Alle Kassationsbeschwerden werden sich gerade auf diese Arten von Fälschungen berufen. Man muß zwischen groben und kunstvollen Fälschungen unterscheiden; neben den nachlässig zusammengebauten Fällen, deren Verlogenheit man schon beim flüchtigen Lesen leicht erkannt, kommen auch technisch sehr sachkundig gemachte Fälschungen vor. Man darf nicht vergessen, daß ein Untersuchungsfall stets ein

das Lesen und die formelle Analyse der Akten hinaus.

Ist es denn richtig, daß die Kassationsüberprüfung des Falls eben so ist? Im Prinzip ja. Der Kassationsantrag des Staatsanwalts ist zu der üblichen Zeit bei einem üblichen Fall, in einem normalen Gericht erster Instanz von außerordentlicher Wichtigkeit.

Nun geschieht aber etwas ganz anderes!!! Wie kann man denn die Augen davor verschließen, daß der Kassationsantrag die einzige Form der Wiederherstellung der Gerechtigkeit ist, daß die Funktionen sowohl des Untersuchungsführers als auch des Richters und des Staatsanwalts denselben Personen auferlegt werden!

Dies geschah aber darum, weil dem Angeklagten seinerzeit all seine Rechte entrispen wurden, und weder das Gericht noch die Staatsanwaltschaft ihm damals helfen konnten.

Wenn nun dem so ist, so sollte man dann wenigstens mit der Wiederherstellung dieser Rechte beginnen und sich vor allem den Klageführer anhören. — an ihn Fragen stellen, ihm sie zu beantworten gestatten und ihm zu seiner Rechtfertigung sprechen lassen. Braucht man denn jetzt blindlings zu klassischen Prozeduren und -kategorien zu greifen, wenn zugegeben wird, daß man es zur Zeit mit einem anormalen Gerichtsverfahren und einer anormalen Arbeit der Gerichte zu tun hat?

Sollte man nicht gerade hier Flexibilität zeigen und solche Aufsichtspraktiken üben, die auf die Sonderfälle der Innen wohl-bekanntesten Periode anwendbar wären?

Die Form wird darunter nicht leiden, die sowjetische Gesellschaft und die Menschen aber werden dadurch nur gewinnen.

Wartum schreibe ich das, was für ein Recht habe ich, zu verallgemeinern und zu raten? Ich glaube, ich habe schon das Recht dazu. Ich hatte eine gute Gelegenheit, die Frage zu erforschen, und bin daher über alles, worüber ich schreibe, gut im Bilde.

Im Laufe von 20 Jahren (seit 1936) wurde ich dreimal von den Staatssicherheitsorganen stets derselben Stadt Alma-Ata auf Grund immer desselben Paragraphen und desselben Punktes (58-10) verhaftet.

Gegen alle meine drei Verfahren wurde durch die Staatsanwaltschaft und das Gericht Protest eingelegt.

Zwei Verfahren wurden völlig eingestellt; gegen das dritte (meiner Meinung nach das unsinnigste) wurde nur teilweise Protest erhoben. Ich bat um Gerechtigkeit, man übe aber mir gegenüber Nachsicht und setze mich frei. Ich beschwerte mich bezüglich dieser Halbtat, und die Generalstaatsanwaltschaft wies die Staatsanwaltschaft der Republik an, mein drittes Verfahren nochmals zu überprüfen. Nun schon über 18 Monate (seit 1954) dauert dieser blöde Prozeß, und

Ich sprach mit auf Grund desselben Paragraphen Verurteilten, verglich ihre Aussagen und suchte die Wahrheit herauszufinden. Ich sprach mit Untersuchungsführern und ehemaligen Staatsanwälten, mit ehemaligen höheren Funktionären — Teilnehmern an großen „Gruppen“ und Prozessen, mit Professoren und Analphabeten. Ich kenne die Prozesse von 1937 bis 1938, die Prozesse von 1945, die Prozesse von 1948 bis 1953. Von all dieser endlosen Vielfalt habe ich einen eindeutigen, klaren Eindruck gewonnen, und den suche ich jetzt hier niederzulegen.

Ich bin weder Rechts- noch Staatsanwalt, ich bin nur ein ehemaliges Mitglied des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, ein Mensch, der hätte so manches leisten können, den man aber nichts tun ließ. (In meinen früheren Bescheiden, darunter auch in der Beschwerde an das KPK der KPdSU, Antwort Nr. 29 vom 4.XI.55, beschrieb ich ausführlich alles, was mich selbst betraf, deshalb möchte ich mich nicht wiederholen.)

Im Laufe dieser 20 Jahre wollte ich begreifen, was eigentlich geschah. Ich suchte mich hinein-zudenken, sonderte Zufälliges aus, suchte Allgemeines und Typisches. Nun ist mir sehr vieles verständlich; ich weiß nicht nur, was die Menschen von Rjumin-schem Typ oder die Funktionäre vom Schlage Berija real darstellten; ich habe auch begriffen, warum eine beliebige Untersuchungsinstanz unvermeidlich den Weg blutiger Abenteuer und staatswidriger Fälschungen betritt, sobald sie die staatsanwaltschaftliche Aufsicht abschüttelt und die heiligen Rechte des Angeklagten verschmäht.

Jetzt haben das alle begriffen: Wenn ich aber einsehe, warum das Gesetz so lange und so grausam verletzt wurde und wer daran äußerst interessiert war, so kann ich trotzdem kaum begreifen, warum die Staatsanwaltschaft, (die ja in ihren Rechten vollständig wiederhergestellt ist), so zögernd handelt, wenig leistet und in ihrem Bereich solche „Schlangen“ entstehen läßt, wo sie doch schnell und effektiv handeln könnte.

Sollte es doch eine Riesenfreude sein, die Gerechtigkeit wiederherstellen zu lassen, der sowjetischen Gesellschaft gute und nützliche Menschen zurückzugeben; alles läuft aber konservativ, langsam, bürokratisch gleichgültig und teilnahmslos ab. Diese Gleichgültigkeit hält Schritt mit der Rehabilitierung oder gebiert plötzlich solche spöttisch-skrupulösen Verordnungen wie: „Punkt 11 aufheben, Punkt 10 sowie die frühere Strafzeit — 10 Jahre — belassen“. Da kann man nur mit Lenin sagen: „Der Form nach richtig, im Grunde genommen aber der reinste Hohn.“

Ich kenne aber einen noch krasser Fall: Den Angeklagten lud man zur Nachuntersuchung aus Taischet nach Moskau vor (also 7 000 km weit); man steckte ihn dort ins Untersuchungsgefängnis, hielt ihn dort zwei Wochen lang und schickte ihn dann wieder zurück. Niemand verhörte ihn — man las ihm einfach ein Papier über die rechtliche Umqualifizierung des Paragraphen (58-10 und 58-8 über den Paragraphen 17 auf 58-10 — wegen der Agitation) und über die sich daraus ergebende Herabsetzung der Strafzeit vor. Dabei fliehete der Angeklagte nur darum an, man möge ihn vorladen, befragen und mit ihm verfahren, wie man wollte (der Fall A. Oganosow).

Ich glaube nun, das größte Übel aller Überprüfungen ist die Isoliertheit der Beschwerde vom Beschwerdeführer, das Ersetzen des Menschen durch die Akten in seiner Sache.

Kurzum, ein gewisser wegen antisowjetischer Agitation verurteilter Bürger (sagen wir — Dombrowski) sitzt im Lager oder läuft in Moskau herum (es gibt da keinen wesentlichen Unterschied) und fordert seine Rehabilitierung; auf dem Tisch des Staatsanwalts aber liegt sein Doppelgänger — die „Sache“ J. Dombrowski, der wegen antisowjetischer Agitation verurteilt ist. Diese „Sache“ steht in keinerlei realer Beziehung zu dem lebendigen Dombrowski, sie ist aber genauestens nach den Gerichtspunkten der Staatssicherheitsorgane ausgefertigt und sieht deshalb schrecklich aus.

Nun wird nach Materialien der „Sache“ dieses Dombrowski eines Konterrevolutionärs, eines geschickten und geliebten Feindes — über das Schicksal des lebendigen Dombrowski entschieden, der nicht mal eine genaue Vorstellung davon hat, wie dieser grausame Doppelgänger aussieht.

Und dies geschieht wiederum nur deshalb, weil die Überprüfung im Kassations- und immer wieder im Kassationsverfahren erfolgt. Die Kassationsüberprüfung allein ist jetzt aber offensichtlich unzureichend, denn das Wesen der Prozesse, das sie berührt, ist anders, und man muß alle Akten bis auf eine, von der Anklageschrift bis zum Protokoll über die Akteneinsicht (der berühmte Paragraph 206 Punkt 1) in Zweifel ziehen.

Sie werden mich wohl verstehen, Glauben Sie mir, daß nicht allein persönliche Erwägungen mich dazu veranlaßt haben, dieses Berichtsschreiben zu verfassen; ich habe einfach die Gedanken dargelegt, die mir schon 10 Jahre lang keine Ruhe lassen und die mich mein Pflichtgefühl nicht mehr zu verbergen gestattet.

Juri DOMBROWSKI  
1. Januar 1956

Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der Kasachischen SSR vom 10. August 1990 Über zusätzliche Maßnahmen zur Liquidierung der Erdbebenfolgen in den Gebieten Ostkasachstan und Sempalatinsk

(Schluß)

Die Verwaltungen der Alma-Ataer, der Westkasachstan und der Neuland-Eisenbahn, das Ministerium für Kraftverkehr der Kasachischen SSR und die Kasachische Verwaltung für Zivilluftfahrt haben auf Antrag der Gebiets-Agrar-Industrie-Komitees hin den Transport von Hoch- und Fachmittelschülern zu ihren Arbeitsstätten und zurück zu gewährleisten.

Das Ostkasachstaner Gebiets-exekutivkomitee, die Rayonexekutivkomitees Salsan, Kurtschum, Markakol und Tarbagatay haben entsprechende Maßnahmen zur Schaffung von Wohn-, Lebens- und Produktionsbedingungen einzuleiten; darüber hinaus die Gemeindefürsorge, die ärztliche Betreuung zu organisieren und die Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen herzustellen.

Das ZK des Komsomol Kasachstans und der Republikstab der Studentenbrigaden werden aufgefordert, operativ Arbeit zur Bildung von Brigaden durchzuführen und sie in erster Linie auf Umtriebsweiden einzusetzen.

15. Das Staatliche Komitee der Kasachischen SSR für materielle-technische Versorgung und das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR haben gemeinsam mit dem Gebiets-exekutivkomitee Sempalatinsk den Bedarf an materiellen Ressourcen für die Bau- und Wiederherstellungsarbeiten in den Rayons des Gebiets zu prüfen und Sofortmaßnahmen zu deren Lieferung ins Katastrophengebiet zu ergreifen.

16. Dem Ostkasachstaner Gebiets-exekutivkomitee sind zur materiellen Hilfeleistung für die durch die Naturkatastrophe betroffenen Bürger 5 Millionen Rubel aus dem Reservefonds des Ministerrates der Kasachischen SSR zuzuwenden. Dem Gebiets-exekutivkomitee ist zu gestatten, die Schulden der Bevölkerung bei der Rückzahlung der in der Sparbank der UdSSR erhaltenen Kredite für individuellen Wohnungsbau in Höhe von 89 500 Rubel abzubauen.

17. Der Kasachische Republikverband der Konsumgenossenschaften hat den Aufbau von 1 000 Jurten bei der Bevölkerung nach Vereinbarungspreisen zu organisieren und sie in die vom Erdbeben betroffenen Rayons auf Bestellung der Gebiets-exekutivkomitees Ostkasachstan und Sempalatinsk zu transportieren.

Das Finanzministerium der Kasachischen SSR hat beim Ministerrat der Kasachischen SSR den Vorschlag einzubringen, dem Kasachischen Republikverband der Konsumgenossenschaften die mit dem Aufbau und Transport der Jurten verbundenen Kosten zu vergüten.

18. Das Handelsministerium der Kasachischen SSR, der Republikverband der Konsumgenossenschaften, die Gebiets-exekutivkomitees Ostkasachstan und Sempalatinsk haben unverzüglich die Verladung von Lebensmitteln, Industriewaren und Baustoffen in vollem Umfang der Haupt- und zusätzlichen Marktfonds in die Notstandsgebiete zu gewährleisten und ständig die strikt zweckdienliche Verwendung dieser Ressourcen zu kontrollieren.

Zwecks Verbesserung der Lebensmittelversorgung der aus den Gebieten der Republik eintreffenden Bauleute müssen die entsprechenden Gebiets-exekutivkomitees zusätzlich die Gemeindefürsorge durch die Beförderung von Küchen und technologischen Ausrüstungen an die Wiederaufbaustellen organisieren.

19. Das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR und das Verkehrsministerium der Kasachischen SSR haben dem Gebiets-exekutivkomitee Ostkasachstan je 20 Busse für die Beförderung von Schülern in entlegene Schulen zur Verfügung zu stellen.

20. Das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee der Kasachischen SSR hat in die Notstandsgebiete 40 Feldbadeeinrichtungen zu entsenden.

21. Die Gebiets-exekutivkomitees Ostkasachstan und Sempalatinsk haben dem Staatlichen Plan-Komitee der Kasachischen SSR im Verlaufe von 10 Tagen ihre Vorschläge über die Einschließung des Baumbereichs von Wohnungen, Schulen, Vorschulanstalten sowie anderer sozialer, kultureller und Industrieobjekte in den Plan für das Jahr 1991 vorzulegen.

Bei der Gestaltung des Plans für 1991 muß das Staatliche Plan-Komitee der Kasachischen SSR die genannten Vorschläge der für

Vorsitzender des Ministerrates der Kasachischen SSR U. KARAMANOW



PANORAMA

Regierungsbildung läßt auf sich warten

Erstaunliches spielt sich für den Betrachter der parlamentarischen Szene in Sofia ab. Nicht gerade feil ist der tagelange Streit über das wie und wann einer Anhörung von Ex-Partei- und Staatschef Todor Shiwkow, der unter Hausarrest steht und einem Prozeß entgegensteht. Ansonsten gilt die Debatte vor allem dem wie und was der verflochtenen Regierungspolitik. Seit dem 7. August wird nicht nur der Bericht des Regierungschefs Lukatsch, eine ohnehin düstere Bestandaufnahme, zerredet. Bisher sprachen dazu rund 20 Abgeordnete, etwa 60 haben sich gemeldet. Die Bildung der neuen Regierung könnte sich bis zum Oktober hinausschieben, meinen zwei Deputierte.



Das in der Welt erstarkende neue politische Denken führt zu bedeutenden Veränderungen in der internationalen Arena und in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten. Ein gewichtiger Beitrag zur Errichtung des gesamteuropäischen Hauses, in dem alle Völker in Frieden und Freundschaft wohnen werden, ist die Wiedervereinigung Deutschlands ein neues Kapitel in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Unser Bild: Die Flaggen beider deutschen Staaten vor einem Verwaltungsgebäude in Bonn. Foto: TASS

Deutschlandweit beste Förderbedingungen für die DDR

Größtzügige Liquiditätsvorsorge, konkrete, zweckgebundene Mittel für Investitionen in Städten und Gemeinden und ein einheitliches Förderkonzept für die gesamte DDR nannte Bundeswirtschaftsminister Dr. Helmut Haubmann als die nötigen Sofortmaßnahmen zur Sanierung der DDR-Wirtschaft. Wie er in einem Gespräch in der Berliner Zeitung feststellte, müßten im Osten Deutschlandweit beste Förderbedingungen gelten, also auch ein positives Fördergefühl gegenüber schwächeren Regionen der Bundesrepublik und dem Zonenrandgebiet. Zugleich sollten Eigentumsfragen für Grundstücke und Gewerbeflächen schnell geklärt werden.

Das dafür nötige Geld sollte keinesfalls aus Steuererhöhungen kommen. Eine allgemeine Steuererhöhung würde nach Ansicht Haubmanns gerade die in ihrer Anfangsphase schwer treffen. „Wir erwarten von den westdeutschen Firmen und Arbeitnehmern eine besondere Leistung für die DDR.“ Dennoch bliebe die deutsche Einheit solide finanzierbar. Der Großteil der Gelder komme aus den „zusätzlichen Steuererträgen, die wir schon jetzt erwarten. Und außerdem müssen wir neue Wege gehen, indem öffentliche Infrastrukturmaßnahmen privatwirtschaftlich finanziert werden.“

Den Schlüssel zum erwarteten Investitionsschub sieht er

te Chancen auf dem Weg zur freien Marktwirtschaft, wenn inzwischen grünes Licht für die Rationierung von Waren des täglichen Bedarfs gegeben werden mußte und wenn solche Waren auf dem Schwarzmarkt zu horrenden Preisen gehandelt werden? Angesichts der seit Wochen beschleunigten, katastrophalen Talfahrt einer schon lange zerrütteten Volkswirtschaft mußten ein Preisstopp verfügt und ein Stillhalteabkommen mit den Gewerkschaften bis zum September getroffen werden, damit Inflation und sozialer Abbau nicht völlig außer Kontrolle geraten.

So schrieb denn auch die Zeitung „Mladost“: „Wenn es so weitergeht, wird es nicht gelingen, den Karren aus dem Sumpf zu ziehen.“ Und das Gewerkschaftsblatt „Trud“ orakelte: „Noch ist unklar, ob der gordische Knoten zu lösen sein wird oder zerhauen werden muß.“

Nahverkehrstarife steigen

Um 200 Prozent will das tschechische Finanzministerium die Fahrpreise im städtischen Nahverkehr in Prag erhöhen, meldet CTK. Ab 1. Januar 1991 soll der Einheitsfahrtschein für Metro, Straßenbahn oder Bus drei Kronen statt bisher eine Krone kosten. Bislang habe allein der Prager Nahverkehr jährlich Subventionen in Höhe von 2,4 Milliarden KCS erhalten. Vertreter der Stadtverwaltung sprachen sich vor der Presse in Prag gegen die drastische Preiserhöhung aus. Sie würden aller Voraussicht nach eine unerwünschte Zunahme des PKW-Verkehrs in der tschechoslowakischen Hauptstadt mit sich bringen.

Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen in Europa

Bei den Wiener Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen in Europa wurde eine kurze Pause aus technischen Gründen eingelegt. In den Metropolen der Teilnehmerländer wird allem Anschein nach eine Schnellanalyse der auf diesem Forum entstandenen Situation vorgenommen. Wir hoffen darauf, daß alle Seiten als Ergebnis solche zusätzlichen Vorschläge ausarbeiten, die es gestatten, demnächst die noch anstehenden Probleme konstruktiv zu lösen. Verbleibt doch bis zum bevorstehenden gesamteuropäischen Gipfelfreffen in Paris sehr wenig Zeit — weniger als drei Monate.

Man kann zugeben, daß bis jetzt bestimmte positive Ergebnisse erzielt worden sind: Es wurde eine Übereinkunft über die Entwicklung einiger Thesen der Stockholmer Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen und ein Konsens über den Informationsaustausch über die Militärhaushalte erzielt. Bemerkbar ist der Fortschritt in der Frage der Schaffung eines einheitlichen Nachrichtensystems. Voran kommt die Arbeit in der Problematik der Einrichtung eines Zentrums für Verhinderung von Konflikt und Austausch von militärpolitischer Information. Die Verhandlungspartner verließen einmütig die Meinung, daß das Zentrum zu einem Teilstück in der Kette neuer Modelle der Sicherheit in Europa werden könne. Es zeichneten sich Elemente von Übereinstimmung beim Herangehen an die Bestimmung des Wirkungsbereiches dieses Organs ab.

Es wurde trotzdem nicht viel genug getan, damit das Dokument, das für das Treffen in Paris vorbereitet wird, wirklich inhaltsreich und ein bedeutender Schritt zur Stärkung wäre. Besonders besorgniserregend ist nach meiner Ansicht die weiterhin negative Haltung der NATO-

Länder zur Ausdehnung vertrauensbildender Maßnahmen auf die Aktivitäten der Luft- und Seestreitkräfte sowie zur Beschränkung solcher Aktivitäten. Kann man denn bei der Ausarbeitung einer qualitativ neuen Palette von Vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen diese Probleme ignorieren? Ich denke, sich um diese Fragenstellung drücken hieße der Seite, zu deren Nutzen ein Ungleichgewicht der Kräfte, beispielsweise auf dem Gebiet der Seestreitkräfte, entsteht, besondere Vorteile schaffen. Bekanntlich ist die NATO hier überlegen. Wenn in dieser Richtung keine Fortschritte zu verzeichnen sein werden, wird die UdSSR und ihre Verbündeten weiterhin besorgt über den geschlossenen Charakter der Aktivitäten des Nordatlantikkartells auf hoher See. Die sowjetische Seite hat unter Berücksichtigung des Zeitfaktors vertrauensbildende Maßnahmen und ein Konsens über den Informationsaustausch über die Militärhaushalte erzielt. Bemerkbar ist der Fortschritt in der Frage der Schaffung eines einheitlichen Nachrichtensystems. Voran kommt die Arbeit in der Problematik der Einrichtung eines Zentrums für Verhinderung von Konflikt und Austausch von militärpolitischer Information. Die Verhandlungspartner verließen einmütig die Meinung, daß das Zentrum zu einem Teilstück in der Kette neuer Modelle der Sicherheit in Europa werden könne. Es zeichneten sich Elemente von Übereinstimmung beim Herangehen an die Bestimmung des Wirkungsbereiches dieses Organs ab.

Wladimir TSCHERNYSCHOW, TASS-Kommentator

„Klein Odessas“ neue Mafia

Evsjet Agron starb mit drei Kugeln im Kopf vor dem Fahrstuhl im 5. Stock des Hauses 100 Ocean Parkway von Brooklyn New York. Er war wie an jedem Tag auf dem Weg zu seinem türkischen Bad in Manhattans 10. Straße gewesen. Der schmächtige Mann mit der großen wendigen Stirnplatte hatte bis dahin in „Klein Odessa“ als unberührbar gegolten — Herr einer Mafia von etwa 1 100 Gangstern, die sich aus 35 000 russischen Juden rekrutierten, die in den vergangenen zehn Jahren an Brooklyns Brighton Beach heimisch geworden sind.

Die New Yorker Polizei ist sich sicher, daß der unauffällige elegante Herr als Berufskiller, Dieb und Erpresser zu Reichtum, Macht und seiner Nachtclub-Sängerin gekommen war. Ein wirklicher Schlag gegen seine Organisation blieb ihr bis heute verwehrt. Nachdem kürzlich mit Peter Greneko der einzige russisch-sprechende Polizeibeamte New Yorks in Rente ging, sind die Chancen noch schlechter. Es gibt zur Zeit keine schlüssigen Erkenntnisse, wer damals am 4. Mai 1985 Evsjet Agrons Erbe antrat. Die „russische Mafia“ hat geographisch wie der Sache nach — auf neue Gebiete ausgedehnt. Die Polizei in Florida verhaftete dieser Tage Alexander Mikulin (51) und Georgi Kuparadze (50), die Handverwerfer nach der Sowjetunion schmuggeln wollten. Wie bei der italienischen Mafia und der Cosa Nostra, zu denen der Kontakt geknüpft ist, scheinen die Fäden in die alte Heimat nicht abgerissen.

Neben New York sind Philadelphia, Los Angeles, Chicago

Paparazzi kennen kein Sommerloch

Sommerloch ist für Spaniens Paparazzi ein Fremdwort. Im hiesigen traditionellen Ferienort August verlagern die auf Gesellschaftsklatsch spezialisierten Fotoreporter lediglich ihren Standort aus der Hauptstadt in die Urlaubsorte ihre ganzjährig verfolgten Lieblingsobjekte — der Schönen, Reichen und Mächtigen dieser Welt, in diesem konkreten Fall ihres iberischen Teils. Das Aufspüren ist nicht allzu schwer, denn Spaniens Vips konzentrieren sich von wenigen Ausnahmen abgesehen, in zwei geografischen Punkten: Im andalusischen Marbella und auf der Baleareninsel Mallorca.

Daß der weltbekannte Ferienort Marbella an der Costa Dew Sol derzeit seine schwerste Tourismuskrise durchlebt — Hotels und Pensionen waren Anfang August nur zu 55 Prozent ausgelastet — hatte bisher keinerlei Auswirkungen auf den Erfolg der sommerlichen Prominentenjagd. Ohnehin beschränkt sich die Begierde der mit starken Teleobjektiven ausgerüsteten Fotografen nur die sogenannte goldene Meile, wo hinter üppigem Grün traumhafte Luxusresidenzen mit gepflegten Golfplätzen und schicken Tennisklubs wechseln und die traditionellen Gäste nicht ausblenden.

Mittelpunkt rauschender Feste des Madrider und internationalen Jet-Set, deren Erlaubte wie verbotene Ablichtung fette Honorare bringt, ist der 1954 von Prinz von Hohenlohe gegründete und heute noch geführte Marbella-Club, ein für den Durchschnittstouristen hermetisch verschlossenes Ferienparadies. Auch in diesem mageren Touristenjahr konnte sich Marbella wiederum mit klingvollen Namen schmücken, die immer gut fürs Geschäft und die Public Relations sind. Es kamen unter anderem Exkaiserin Soraya, Bismark-Urenkelin Gunilla, Sophie von Habsburg, Herzog Jaime de Mora Y Aragon und vor allem Spaniens meistfotografierte Frau, die schöne Exgattin von Schlagerstar Julio Iglesias und Gattin eines Exministers und Topbankiers, Isabel Preysler. Nicht in der Stimmung, als Party-Löwe zu glänzen, war diesmal der skandalumwitterte Waffenhändler Adnan Kashogul, im Marbella-Club sonst überaus gern gesehener Gast. Seit einiger Zeit macht Mallorca Marbella den Rang als Prominententreffpunkt streitig. Dafür sorgen Baron und Baronin Thyssen, die derzeit zur Freude aller einschlägigen Blätter auch noch in einen mittleren Skandal verwickelt sind. Dafür sorgt aber auch die Anwesenheit des britischen Thronfolgerpaars und seiner Gastgeber, der spanischen Königsfamilie. Diese versuchte übrigens der zu erwartenden Belagerung durch die Paparazzi zu entgehen, indem sie freiwillig für diverse Fotos posierte. Ob's genützt hat, ist allerdings stark zu bezweifeln.

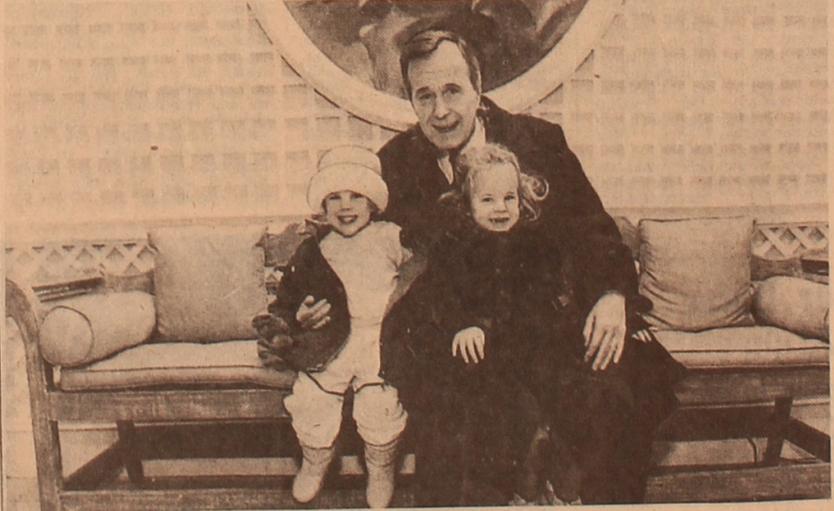
Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet. Foto: TASS

In-wenigen Zeilen

BONN. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die DDR aufgefordert, in der kommenden Woche zu entscheiden, wann der Beitritt zur Bundesrepublik erfolgen soll. Nach seinem Treffen mit dem sowjetischen Außenminister E. Schewardnadse in Moskau sei er in seiner Auffassung bestärkt, daß die äußeren Aspekte der Einheit mit den Zwei-plus-Vier-Gesprächen am 12. September in Moskau abschließend geklärt würden, sagte Genscher in einem vorab veröffentlichten Interview der Zeitung „Welt am Sonntag“.

BUDAPEST. Ungarns Außenminister Geza Jeszenszky hat sich für eine Verbesserung der Beziehungen mit den Nachbarländern ausgesprochen. Vor dem Hintergrund der jüngsten polemischen Auseinandersetzungen mit der Slowakei und Rumänien in der Nationalitätenfrage, die er als „ernste Spannungen“ einstufte, bezeichnete der Politiker das Verhältnis zu den Nachbarn als Schlüsselfrage.

LONDON. Großbritannien hat die Ankündigung Iraks, Ausländer dürften vorerst nicht ausreisen, als unannehmbar bezeichnet. Ein Vertreter des Außenministeriums sprach in London von einem Verstoß gegen das Völkerrecht. Sollte Bagdad an seiner Drohung festhalten, verstoße dies gegen alle internationalen Regeln.



George Herbert Walker Bush, der 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, ist einer der populärsten Politiker im In- und Ausland. Eine jüngste Erforschung der öffentlichen Meinung ermittelte, daß die überwiegende Mehrheit der befragten Amerikaner (86 Prozent) seine Tätigkeit auf dem Präsidentenposten positiv bewertete. Eine überaus große Rolle spielte dabei der westlichen Presse zufolge der Umstand, daß das Ehepaar Bush in das Weiße Haus einen neuen, für wahr familiären Zug mit sich brachte. Denn es ist ja kein Geheimnis, daß die Familieneinrichtung von den Amerikanern traditionsgemäß geachtet wird.

Nachdem Barbara, die Gattin des Präsidenten, ins Weiße Haus eingezogen war, änderte sie nichts, außer daß sie einen Spielsaal für ihre zahlreichen Enkelkinder einrichten ließ. Außerdem mußte man noch einige Schlafgelegenheiten für den machtvollen Bush-Clan aufstellen. Im Weißen Haus, wo in den acht Jahren der Präsidentschaft R. Reagans Ruhe und Frömmigkeit herrschten, erschallt fröhliches Kinderlachen, das Zuversicht in die friedliche Zukunft unseres Planeten verleiht. Unser Bild: George Bush mit seinen Enkelkindern Eilly und Marschall. Foto: TASS

Freundschaft



Unvergeßliche Tage

Ich hatte das Glück, auf Einladung der Zentralstelle für den deutschsprachigen Chorgesang in der Welt (Solingen, BRD) an dem V. Internationalen Chorleiterseminar teilzunehmen, das ab 21. Mai bis 1. Juni 1990 stattfand.

Am 21. Mai 1990 stand die Seminarleiterin, die ich seit Jahren kenne, im Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie war nicht nur eine gute Leiterin, sondern auch eine sehr sympathische Person.

Beim Seminar ist eine richtige Gemeinschaft entstanden. Ich bin sehr begeistert von diesem Seminar und möchte durch Ihre Zeitung, liebe Redaktion, meinen innigsten Dank den „tragenden Säulen“ des Seminars, dem Leiter, Professor Dr. Wendelin-Müller-Blattau, den Do-

Chorleiterseminar:

Interesse bis nach Kasachstan

Valentin Maier aus Kokschetau, einer Gebietsstadt mit 130 000 Einwohnern in Kasachstan, ist vom Ablauf des 5. Internationalen Chorleiterseminars in Solingen helllauf begeistert.

hier im besonderen das deutsche Volkslied. Auch in seiner Familie — bei seiner Frau, einer Russin, und seinen beiden Töchtern (18 und 23 Jahre) — steht die Musik ganz oben.

teratur und die geliebte Musik zu den großen Festtagen. Bei Ostern und Weihnachten sind sie verstärkt tätig. Beim Lehrgang in Solingen will er seine Kenntnisse vertiefen und auffrischen.

Abschied von der Sommerinsel

Im Ferienspiellager „Teremok“, das jährlich von der Kalinin-Mittelschule und dem Gewerkschaftskomitee des Sowchos „Pamjat Kirowa“ organisiert wird, erholen sich Jungen und Mädchen im Alter von sechs bis zwölf Jahren.

Sporttreiben. Beim Fußballspielen sind die Brüder Dima und Denis Malgin und Wolodja Schander immer die ersten. Bei Spielen im Freien haben Julja Tulenina, Natascha Teschenowa und Christina Wagner die besten Ideen.

Die Kinder, die sich in diesem Ferienspiellager erholen haben, denken gern an die Lehrerin Amalija Wachtel, an die Erzieherin Erika Anselm und die Pionierleiterin, Gulshan Ruschanowa zurück, die mit viel Energie und Kraft versucht haben, die Ferien für die Kinder so abwechslungsreich wie möglich zu gestalten.

„Es ist bereits zur Tradition geworden, daß wir die Feriensaison am Internationalen Kindertag eröffnen. Einige Zeit halten sich die Kinder dann im Sport- und Kulturzentrum auf“, erzählt der Vorsitzende des Sowchos T. Uteutow. „Hier können sie ungestört spielen, während die Schule renoviert wird.“

Die Kinder haben hier die Möglichkeit zum Schwimmen und Sporttreiben. Beim Fußballspielen sind die Brüder Dima und Denis Malgin und Wolodja Schander immer die ersten.

Die Kinder, die sich in diesem Ferienspiellager erholen haben, denken gern an die Lehrerin Amalija Wachtel, an die Erzieherin Erika Anselm und die Pionierleiterin, Gulshan Ruschanowa zurück.

Gedenkbuch für Opfer des Krieges in Afghanistan

An einem Gedenkbuch, in dem alle auf afghanischem Boden in den Jahren 1979 bis 1989 ums Leben gekommenen sowjetischen Menschen in alphabetischer Reihenfolge genannt werden, wird gegenwärtig in der Sowjetunion gearbeitet.

wjetischen Streitkräfte mittelte, wird die Ausgabe ausführliche Angaben über jedes Opfer des Afghanistan-Krieges enthalten: Lebenslauf, Todesumstände, eventuelle staatliche Auszeichnungen.

Land hat es schon dazu gebracht, daß viele Dörfer einfach verschwunden sind und die Gebliebenen einer schnellsten Rettung bedürfen. Heute wird auf dem

Gedanken zum Zeitgeschehen

Einander verstehen lernen

Albert Einstein, dem großen Humanisten, der wegen menschlicher Dummheit und Gemeinheit genug gelitten hat, gehört folgender Gedanke: „Ein von der nationalistischen Seuche befallener Mensch braucht kein Gehirn zu haben, ihm genügt vollkommen das Rückenmark.“

Während die stalinische Oligarchie ihrem eigenen Volk einen heimlichen Krieg ansagte, predigte sie lautstark und heuchlerisch Internationalismus und allgemeine Brüderlichkeit.

Sondermaßnahmen werden, bei denen die Rechtmäßigkeit der Stärke die Stärke der Rechtmäßigkeit durchstreicht.

Nationaler Hader uns gegenüber gleicht einer Zündschnur, dessen Anfang schmutzige Hände halten und dessen explosionsgefährliches Ende zur Bombe unter dem Fundament unserer Zukunft führt.

Wieviel Dummheiten kann man machen, wenn man die Priorität der Emotionen über den Vernunft predigt!

Erinnern wir uns an die Kasachen, Sibirier und Uraler, die stets Hunger leidenden Bewohner abgelegener Orte, welche ihr spärliches Brot und ihr beengtes Heim mit uns teilten.

Bei der Lösung alltäglicher Probleme — dem Wagenverkauf, der Wohnraumverteilung und der Gewährung des letzten Unterschlupfs — entstehen dann sofort die Fragen: Wer erlangt es eher? Wer bekommt das Beste? Wer bekommt am meisten? Die Mortalitätskennziffern im Krankenhaus — wer war der behandelnde Arzt? Wer wurde fast zu Tode kuriert?

Unsere Vorfahren erwarteten uns, indem sie behaupteten, daß die Zwietracht der Menschen eine prosperierende Republik in eine Wüste zu verwandeln vermag.

Wie gleichgültig muß doch der Mensch sein, der diese Besorgnis überhöhen kann. Diese Gedanken beziehe ich vor allem auf diejenigen, die heute die Hysterie des Chauvinismus auf dem ehemaligen Territorium der ASSR der Wolgadeutschen schüren.

Heute gehen wir noch die gleichen Straßen, Schuler an Schulter, essen das gleiche Brot und atmen die gleiche Luft. Unsere Kinder halten sich an den Händen, wenn sie spielen oder die Straße überqueren, ohne das heranrückende Unglück zu ahnen.

Wer hat bei einer Lotterie gewonnen? Wer hat bei einem Streit verloren? Wer auch gewonnen hat — alles ging nicht mit rechten Dingen zu!

Vor über drei Jahrhunderten schrieb der große Erdenbürger Thomas Moor: „Wer vor Gefahren warnt und darauf verweist, kann nicht denjenigen sympathisch sein, die den entgegen gesetzten Weg betretend, samt sich selbst auch die anderen vernichten wollen.“

Unter der Anleitung fachkundiger Dozenten und Professoren beschäftigten wir uns mit Gesang und Musik. Die Schulung erfolgte in Stimm-

Valentin MAIER  
Kokschetau

Herbert SCHMACHTENBERG  
Aus: „Solinger Morgenpost“  
Foto: Juri Weldmann

Die Stärksten siegten

Vor kurzem verlief in Karaganda die Republikmeisterschaft im Damespiel. Daran beteiligten sich Jungen und Mädchen der Jahrgänge 1973 bis 1978.

Die meisten von uns begreifen mit ganzem Herzen die These, daß Argumente stärker als Feindschaft sind. Morgen können wir Opfer der von den entbrannten Ambitionen aufgelegten unheimlichen Abstraktionen werden.

Platz belegte mit 7,5 Punkten Tatjana Puschkarkowa.

Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

„Radio Alma-Ata“ sendet auf folgenden Frequenzen: 180 kHz, 4545 kHz, 6180 kHz, 9780 kHz, 11950 kHz; Wellenlängen: 16,67 m, 66,01 m, 48,54 m, 30,87 m, 25,10 m, dienstags, donnerstags und freitags um 14.00—14.30, mittwochs um 21.30—22.00 und samstags um 16.00—18.45 Alma-Ataer Zeit.



Wie werden Sie bedient?

Ein neues Cafe eröffnet

Jeder weiß wohl, wie schlecht es überall mit Baumaterialien bestellt ist. Es mangelt an Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Produktionshallen.

Land viel gebaut. Ungeachtet des Baustoffdefizits werden nicht nur Wohnhäuser errichtet, sondern auch für die sogenannte Infrastruktur gesorgt.

nachzukommen. Torten, Rosinenkuchen, Piroggen, Bursaki, Lawasch und andere Teigwaren sowie alleherhand Süßigkeiten und Getränke werden da angeboten.

denn das alles ist jetzt zu beliebiger Zeit im Menüladen zu kriegen.

Gedenkbuch für Opfer des Krieges in Afghanistan

An einem Gedenkbuch, in dem alle auf afghanischem Boden in den Jahren 1979 bis 1989 ums Leben gekommenen sowjetischen Menschen in alphabetischer Reihenfolge genannt werden, wird gegenwärtig in der Sowjetunion gearbeitet.

wjetischen Streitkräfte mittelte, wird die Ausgabe ausführliche Angaben über jedes Opfer des Afghanistan-Krieges enthalten: Lebenslauf, Todesumstände, eventuelle staatliche Auszeichnungen.

Land hat es schon dazu gebracht, daß viele Dörfer einfach verschwunden sind und die Gebliebenen einer schnellsten Rettung bedürfen. Heute wird auf dem



In der Dienstagssendung bringen wir das Interview mit Teilnehmern der 3. Konferenz der Gesellschaft „Wiedergeburt“ in Moskau. Wir hoffen, die Frage „Wohin nun weiter mit Sowjetdeutschen?“ vom großen Forum beantwortet zu hören.

Im Bericht aus dem Gebiet Kellersowka, Gebiet Kokschetau, erzählt unsere Korrespondentin Erna Minz über die Familie Brehm. Oskar und Anastassja Brehm haben vieles durchlebt, aber trotz aller Schwierigkeiten haben sie eine gute Familie und arbeitsame, fleißige Kinder. Der Bericht kommt ebenfalls am Dienstag.

Die Abendausgabe am Mittwoch heißt „Die Bauernhochzeit“. Die zahlreichen Lieder und Tänze verschaffen Ihnen eine musikalische Stimmung von den immer gewünschten Festlichkeiten auf dem Lande.

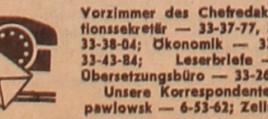
Vor kurzem fand im Gebiet Nordkasachstan das zweite Festival des deutschen Liedes statt. Die Freunde der deutschen Volkskunst trafen diesmal im Sowchos „Karagandinski“ zusammen. Unsere Reporterin in Nordkasachstan bietet uns in der Donnerstagsausgabe ihre Aufzeichnungen dieser Zusammenkunft der deutschen Laienkünstler.

Am Freitag gewähren wir Ihnen wiederum einen Einblick in die Geschichte der Rußlanddeutschen. Die kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen der deutschen Umsiedler übten einen gewissen Einfluß auf andere Völker Rußlands aus. Aber die Wissenschaft muß noch viel mehr gegenseitige Wechselwirkungen erforschen, denn die rußlanddeutsche Kultur war auch von der Traditionen der Völker Rußlands stark beeinflusst.

Das Konzert auf Wunsch unserer Zuhörer kommt, wie gewöhnlich am Samstag nachmittag. Für Jubilare und Hochzeitspaare erklingen ihre Lieblingsmelodien. Wir wünschen Ihnen guten Empfang.

Eduard MERKER, Redakteur  
Stellvertretender Chefredakteur Jakob GERNER

Unsere Anschrift: Kazzachskaja SSSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gorkogo, 5D 4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-33; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefle — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredaktion — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-23-87; Korrektoren — 33-92-84.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414  
Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана offsetным способом  
Объем 2 печатных листа  
Заказ 11949